

dische Firmen im Hinblick auf die politische und wirtschaftliche Instabilität auf dem chinesischen Festland infolge der blutigen Unterdrückung der Demokratie-Bewegung ihre Aufträge von dort nach Taiwan abgeleitet hatten oder hatten ableiten wollen.

Am 23.Juni stürzte der Taiex infolge eines Gerüchts über ein Attentat auf US-Präsident George Bush um 325,23 Punkte auf 9.766,36, also wieder unter der Grenze von 10.000 Punkten. (LHB u. CP, 24.6.89) Am 26.Juni sackte er nochmals dramatisch auf 9.309,47 Punkte ab, ein Tagesverlust von 4,7% oder 463,72 Punkte, eine Rekordbaisse, nachdem die Behörden die Kontrolle über illegale Geschäfte verschärft hatten.

Unter den 20 Mio. Einwohnern Taiwans gibt es zur Zeit über 2,7 Mio. Aktienanleger - ein Zuwachs von 61% im ersten Halbjahr dieses Jahres. Weil seit Anfang d.J. jede Transaktion von über 10 Mio.NT\$ (umgerechnet 389.700 US\$) der Gewinnsteuer unterliegt, haben kluge Großanleger ihre Aktien auf Scheinkonten verteilt, um so Steuern zu hinterziehen. (LHB, 24., 27.6. u. 2.7.89; CP, 24. u. 27.6.89; AWSJ, 27.6.89)

Ende des Monats wurde der Taiex auf 9.205 Punkte fixiert mit Tagesumsätzen von 68,12 Mrd.NT\$ (umgerechnet 2,63 Mrd.US\$). (LHB, 1.7.89) -ni-

Hongkong

*(34)

Der Schatten des "4.Juni" über Hongkong

Die blutige Niederschlagung der friedlichen Demonstration von Studenten für Demokratie auf dem Tiananmen-Platz in Beijing am 4.Juni durch die chinesische Volksbefreiungsarmee mit Maschinengewehren und Panzern warf einen großen Schatten auf die britische Kolonie Hongkong, die gemäß der sino-britischen Vereinbarung von 1984 am 1.Juli 1997 an die VR China zurückgegeben werden soll. Wie berichtet (C.a., Mai 1989, S.333, Ü 29), haben Millionen Einwohner von Hongkong im Mai durch eine Reihe von Demonstrationen und Geldspenden

die Demokratiebewegung unterstützt. Die Tragödie von Beijing versetzte auch die Einwohner Hongkongs in eine Situation voller Zorn und Verzweiflung.

Am Tag des Beijinger Massakers nahmen rd. eine Million Menschen an einem "schweigenden Sit-in" und einer anschließenden Demonstration in der Innenstadt teil. (Jiushi-niandai, Hongkong, 16.6.89; DGB, 6.6.89) Die Börsenkurse, die besonders als ein Barometer des politischen Klimas der Kolonie gelten, befanden sich in andauernder Baisse. Der repräsentative Hang-Seng-Index stürzte am 5.Juni, also unmittelbar nach dem Massaker in Beijing, um 21,74% oder 581,77 Punkte auf 2.093,61. (XNA, 7.6.89; FT und AWSJ, 6.6.89) Am 14.Juni hat London die ursprünglich für den 18.Juli geplante 13.Sitzung der sino-britischen Liaisongruppe für die Übergabe Hongkongs verschoben. (DGB, 19.6.89)

Um die Einwohner Hongkongs zu beruhigen, erklärte Ji Penfei, Leiter des Büros für die Angelegenheiten Hongkongs und Macaus unter dem chinesischen Staatsrat (Regierung), in einem Interview für das chinesische Fernsehen am 22.Juni, daß die chinesische Regierung an ihrer Politik gemäß den internationalen Vereinbarungen über Hongkong und Macau festhalte. Er sagte, es sei verständlich, daß die Landsleute in Hongkong und Macau infolge der "Mißverständnisse" verschiedene Meinungen zu den Ereignissen in Beijing zum Ausdruck gebracht hätten.

Zugleich wies er darauf hin, daß auch einige Leute aus Hongkong und Macau bei den Unruhen mitgewirkt hätten. Die chinesische Regierung, so versicherte er, werde in Hongkong und Macau weder während der Übergangszeit noch nach ihrer Rückgabe an China Sozialismus praktizieren. Aber Hongkong und Macau sollten, so Ji, auch das sozialistische System auf dem chinesischen Festland nicht stören oder es zu verändern versuchen. Es werde nicht erlaubt, daß jemand Hongkong und Macau als Stützpunkt für den Umsturz der chinesischen Regierung benutze. (XNA, 23.6.89; DGB, 24.6.89)

Jis Rede kann den Schatten des "4.Juni" über Hongkong kaum vertreiben, weil Beijing die friedlichen Studentendemonstrationen für Demokratie in Beijing bereits als "konterrevolutionäre"

Aktion zum Sturz des sozialistischen Systems verstehen will und sie mit Panzern niedergeschlagen hat. Seine Worte werden so in Hongkong auch als eine Warnung für die Einheimischen verstanden. (Zheng Ming, Hongkong, Juli 1989, S.82) Nach dem Massaker haben auch Beijings eigene Leute in Hongkong einschließlich mehrerer von Beijing gesteuerter Zeitungen, wie *Wenhuibao* oder *Dagongbao* das Vertrauen in die KPCh verloren. Elf der insgesamt 23 Vertreter Hongkongs in dem 59 Mitglieder starken Komitee für den Entwurf eines Grundgesetzes für Hongkong als chinesische Sonderverwaltungszone ab 1997 weigern sich, an weiteren Sitzungen teilzunehmen. Inzwischen zeichnet sich auch ein noch größerer Exodus der Mittelschicht ab. Sind in den vergangenen beiden Jahren jeweils 40.000 bis 50.000 Bürger der Kolonie nach Amerika, Australien, Kanada oder Neuseeland ausgewandert, so beantragten in den Wochen nach dem Beijinger Blutbad vier- bis fünfmal so viele Interessenten wie bisher in den Konsulaten dieser und westeuropäischer Länder ihre Ausreise. Angst vor "1997" und Emigration sind wieder Thema in einer Stadt, deren Einwohner fast zur Hälfte schon einmal vor den chinesischen Kommunisten davonliefen. (FR, 15.6.89) -ni-

*(35)

Hongkongs Wirtschaft in Kürze

Arbeitslosenquote bei 1,5%

Die Arbeitslosenquote in der britischen Kolonie lag in den drei Monaten von Februar bis April d.J. bei 1,5%, niedriger als im gleichen Zeitraum des Vorjahres mit 1,7%, aber höher als in den drei Monaten davor mit 1,3%. Die absolute Zahl der Beschäftigungslosen wurde auf 40.500 geschätzt, im vorjährigen Zeitraum waren es 46.200 und in den drei Monaten zuvor 35.400.

Im gleichen Zeitraum gab es 22.200 Unterbeschäftigte, d.h. mit einer Wochenarbeitszeit unter 35 Stunden. (XNA, 16.6.89; AWSJ, 16./17.6.89)

Inflation

Im Mai sind die Verbraucherpreise der Kategorie A (bei Haushalten mit Monatseinkommen von 2.000-6.499 HK\$) gegenüber dem Vergleichsmonat des vorigen Jahres um 10,6% und die der Kategorie B (bei Haushalten mit Monatseinkommen von 6.500-9.999 HK\$) um 10,1% gestiegen, im Vergleich zum April d.J. lagen die Preisveränderungen der beiden Kategorien A und B jeweils bei 0,9%. (XNA, 27.6.89)

Außenhandel in den ersten fünf Monaten

In den ersten fünf Monaten d.J. ist der Gesamtexportwert Hongkongs gegenüber dem vorjährigen Vergleichszeitraum um 41.856 Mio.HK\$ oder 24,3% auf 214.311 Mio.HK\$ (umgerechnet 27.476 Mio.US\$) gestiegen; wovon 5.603 Mio.HK\$ (718 Mio.US\$) auf Exporte einheimischer Produkte (+7,2%) und 36.253 Mio.HK\$ (4.647 Mio.US\$) auf Exporte im Transithandel (+38,3%) entfielen. Andererseits nahm der Importwert im gleichen Zeitraum um 48.064 Mio.HK\$ (6.162 Mio.US\$) oder 26,9% auf 226.569 Mio.HK\$ (29.047 Mio.US\$) zu. Die Bilanz wies ein Defizit von 12.258 Mio.HK\$ (1.572 Mio.US\$) auf, was 5,4% des Importwertes entsprach. (XNA, 29.6.89)

Im letzten Jahr stand Hongkong an 11.Stelle aller Handelsnationen und -regionen. Sein Anteil am Welthandel betrug 1,9%. (XNA, 4.6.89)

Am 16.Juni hat die Hongkonger Regierung den Import von Rohelfenbein suspendiert, um die Rettung der afrikanischen Elefanten vor dem Aussterben zu unterstützen. Hongkong ist bislang der größte Importeur von Elfenbein in der Welt. Im letzten Jahr importierte es 264 t Elfenbein auf legalem Weg. (XNA, 18.6.89) -ni-

Oskar Weggel

Ausländische Reaktionen auf das Massaker von Beijing

1.

Der Europäische Rat

Der "Europäische Rat", bestehend aus den zwölf Regierungschefs/Staatsoberhäuptern der EG-Mitgliedstaaten, die am 26. und 27.Juni in Madrid tagten, brachte, wie es in Punkt 6 der offiziellen Schlußerklärung heißt, seine "tiefe Besorgnis über die Lage in China zum Ausdruck" und gab folgende "Erklärung" ab: "Der Europäische Rat verurteilt aufs schärfste unter Hinweis auf die Erklärung der Zwölf vom 6.Juni die brutale Repression, die in China ausgeübt wird. Er bringt seine Bestürzung zum Ausdruck über die Fortsetzung der Hinrichtungen trotz aller Appelle der internationalen Gemeinschaften. Er fordert die chinesischen Behörden feierlich dazu auf, mit den Hinrichtungen aufzuhören und die repräsentativen Maßnahmen gegen die Menschen, die ihre legitimen demokratischen Rechte einfordern, zu unterlassen.

Der Europäische Rat fordert die chinesischen Behörden auf, die Menschenrechte zu achten und die Hoffnungen auf Freiheit und Demokratie zu berücksichtigen, die im Innersten der Bevölkerung zum Ausdruck gekommen sind. Er betont, daß dies ein grundlegendes Element ist für die Fortsetzung der Reformpolitik und der Öffnung, die die Europäische Gemeinschaft und ihre Mitgliedstaaten unterstützt haben.

Die Zwölf sind sich der Tatsache bewußt, daß die jüngsten Ereignisse tiefe Beunruhigung in Hongkong hervorrufen haben.

Unter den gegenwärtigen Umständen hält der Europäische Rat folgende Maßnahmen für notwendig:

- Die Frage der Menschenrechte in China wird in den entsprechenden internationalen Gremien aufgegriffen werden, ebenso die Forderung, daß unabhängigen Beobachtern Zugang zu den Prozessen gewährt wird und Besucher in den Gefängnissen zugelassen werden.

- Unterbrechung der militärischen Zusammenarbeit sowie Verhängung eines Embargos über jeglichen Waffenhandel der Mitgliedstaaten mit China.

- Aussetzung der zweiseitigen Kontakte auf Ministerebene und anderer hochrangiger Kontakte.

- Vertagung neuer Projekte der Zusammenarbeit durch die Gemeinschaft und die Mitgliedstaaten.

- Reduzierung der Programme für kulturelle, wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit auf solche Aktivitäten, die unter den gegenwärtigen Umständen noch einen Sinn haben.

- Verlängerung der Sichtvermerke für die chinesischen Studenten, die dies wünschen, durch die Mitgliedstaaten.

Unter Berücksichtigung der ungewissen Situation im wirtschaftlichen Bereich, die durch die gegenwärtige Politik der chinesischen Behörden geschaffen wurde, spricht sich der Europäische Rat für die Verschiebung der Prüfung neuer Anträge auf Kreditbürgschaften und für die Verschiebung der Prüfung neuer Kredite der Weltbank aus.¹

Noch wenige Wochen vorher, nämlich Anfang Mai, hatte in Shanghai ein internationales Seminar unter dem Titel "Europe 1992" stattgefunden, an dem